

Nr. 5.3.2.09

Copie des "Private Vertrauliche Informationen" adressée à Doteur Karl Schmitz, Düsseldorf, datées du 8/9/23

Rundschreiben

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Archives Nationales Paris, AJ,29,12

Formalia:

Typoskript

Regest:

Dieses Dokument wurde von den französischen Besatzungsbehörden im Rheinland gesammelt. Der Verfasser ist wahrscheinlich der Zentrumspolitiker und Funktionär der Christlichen Gewerkschaften im Rheinland, Karl Schmitz. Es handelt sich um einen eindrucksvollen Stimmungsbericht vom Höhepunkt der Hyperinflation in Deutschland, die allerspätstens nach der gescheiterten Stützungsaktion der Reichsbank vom April 1923 immer stärker an Dynamik gewann. Panik und Verzweiflung werden in dem Rundschreiben genauso sichtbar wie die Erwartung, dass es bald zu einschneidenden Maßnahmen kommen müsse, um die Katastrophe in den Griff zu bekommen.

Copie des "Private Vertrauliche Informationen" adressée à Doteur Karl Schmitz, Düsseldorf, datées du 8/9/23

Nun also stehen wir, wie wir an dieser Stelle befürchtet haben, tatsächlich an der Grenze der Bewertung eines Dollars mit 20 Millionen Papiermark. Die Dispositionen der Großfinanz, von denen in diesem Rahmen wiederholt die Rede war und die sich auf einen derartigen Dollarstand einrichteten, haben sich damit vollständig gerechtfertigt. Im privaten Verkehr sind für das englische Pfund, das in letzter Zeit wieder eine ganz auffallende Bevorzugung vor dem Dollar findet, schon 95 bis 100 Millionen Papiermark bezahlt worden. Das würde einem Dollarstand von etwa 25 Millionen Mark entsprechen. Politische Gründe sind es nicht, die diese neue rapide Abwärtsbewegung, die nicht[sic!] im Zuge ist und noch nicht abgeschlossen erscheint, rechtfertigen könnten. Alles deutet vielmehr auf spekulative Machenschaften, aber auch auf die Befriedigung tatsächlich normalen Bedarfs. Als eine geradezu grässliche und tödliche Wunde erweist sich immer mehr die Lücke im Westen.¹ Die grösste Nachfrage wird vom Rheinland und aus an den Devisenmarkt gestellt. An der Börse hält man dafür, dass nicht nur wirtschaftliche sondern politische Gründe dafür massgebend sind, nämlich das Bestreben, auf diesem Wege die Regierung zur Liquidation des Ruhrkonfliktes von der wirtschaftlichen Seite her zu zwingen. Ohne Beweise bringt man es sich nicht über sich an eine derartige Politik wirklich zu glauben, umsomehr, als die für die Devisenspekulation notwendigen Gelder in der Hauptsache aus Reichsbankkrediten stammen. Richtig ist aber dass die neue Devisenhausse, die der Reichsregierung die Finanzierung des Ruhrkampfes nachgerade zur Unmöglichkeit macht[sic!]. Rasch wirkende Mittel zur Hebung dieser Bewegung hat die Regierung nicht. Die Tätigkeit der Reichsbank auf dem Devisenmarkt ist auch noch viel zu starr, und es sind gerade markttechnische Besonderheiten, namentlich die allerdings wieder starke zwangsweise Repartierung und absichtliche Niedrighaltung des Kurses, die das Devisen-Niveau immer mehr in die Höhe treiben. Es sind dabei auch üble, spekulative Machenschaften im Spiel. So ist jetzt festgestellt, dass manche Kommissionäre die ihnen erteilten Verkaufsaufträge für Kunden nicht zur amtlichen Notierung, sondern erst im darauf folgenden, die Devisenkurse hochtreibenden Freiverkehr abgesetzt werden. Es wurde festgestellt, dass[2] nur

1 Das sog. "Loch im Westen" bezeichnete den Umstand, dass die deutschen Zollgesetze und insbesondere auch die finanzielle Außenhandelskontrolle und Devisenbewirtschaftung in den von Frankreich besetzten deutschen Gebieten (insbesondere im Rheinland) nicht durchsetzbar waren.

die pflichtgemäss abzugebenden Devisen bereitgestellt werden, aber alle anderen im Freiverkehr umgesetzt werden. Das sind ungeheure Schädigungen, über die die wirtschaftlichen Kreise unterrichtet sein müssen. Die Reichsregierung ist nicht imstande, dieser Bewegung Einhalt zu gebieten, da sie noch nicht über einen genügenden Devisen-Fond verfügt. Sie kann daher auch Interventionen mit Aussicht auf Erfolg noch gar nicht vornehmen. Die schon früher spielenden Verhandlungen zwischen Regierung und Industrie zur Bereitstellung eines Fonds von mindestens 200 Millionen Goldmark in Devisen sind noch nicht vorwärts gekommen. Ob aus der am 15. September fälligen Pflichtablieferung von Devisen soviel herauskommt, dass die Regierung ausdrücklicher intervenieren kann, steht heute noch dahin. Die Entwicklung, wie man leider befürchten muss, [handschriftlich: nahm] unterdessen einen derartigen Verlauf, dass die geplanten Massnahmen durch die inzwischen eingetretene Hausse wieder sabotiert sein werden. Man kann es auch beobachten, dass gegenwärtig Devisen gesammelt werden, offenbar zu dem Zweck, um sie bei der Pflicht-Ablieferung zur Verfügung zu stellen, während der eigentliche Devisenbestand, an den durch ihre Massnahmen die Regierung heranwollte, unversehrt blieb. Diese wirtschaftlichen Gründe und die Rolle, die das Loch im Westen dabei spielt, nötigen die Regierung zu raschen Entschliessungen hinsichtlich der Beendigung des Ruhrkonfliktes. Bei dem heutigen Stande benötigt das besetzte Gebiet pro Tag die erschreckende Summe von nicht weniger als 60 Billionen, dieser Betrag muss aber vertraulich gehalten werden. Bei einer derartigen Lage indessen ist an eine Besserung der Verhältnisse, oder an einen Abbau der Hausse nicht zu denken. Die Situation wird unter diesen Verhältnissen für die Regierung Stresemann immer kritischer, da die neue Devisensteigerung auch wieder sehr erhebliche Rückwirkungen wirtschaftlicher und sozialer Art haben muss, die seinerzeit nur mit Mühen durch den Regierungswechsel in ihren weiteren politischen Auswirkungen gehindert werden konnten. Wenn man jetzt auch zu einer erhöhten Produktivität im Ruhrgebiet durch Wiederaufnahme der Arbeit in bestimmten Industriezweigen übergeht², so werden die bisher für die Erwerbslosenfürsorge aufgewandten Summen doch nicht derart ins Gewicht fallen, dass eine merkliche Einwirkung auf die Wirtschaftslage oder auf die finanzielle Situation des Reiches zu erwarten wäre. Das ganze westliche Gebiet ist gegenwärtig allen wirtschaftlichen und Devisenpolitischen Massnahmen der Regierung entzogen und muss ihre Handlungsmacht erst zurückgewinnen[3] – und das ist vor Beendigung des Ruhrkonfliktes gar nicht möglich - eher wird die erste Quelle des gegenwärtigen Notstandes nicht zu verstopfen sein. Man muss sich also darauf gefasst machen, dass die derzeitige Devisenlage auch weiterhin auf unsere ganze wirtschaftliche und politische Situation verhängnisvoll (sic!) drücken wird. Sind wir einmal über die 20-Millionen-Krenze[sic!] des Dollars hinweg, dann werden die Sprünge in Zehn-Millionen-Spannen vor sich gehen und eine Umwälzung würde die andere jagen. Die Regierung kann und darf es nicht dahin kommen lassen. Das Währungsprogramm, das gegenwärtig im Reichskabinett beraten wird und dessen einzelne Ankündigungen auf die Spekulation an der Börse ohne jeglichen Einfluss geblieben sind, wird von einem sehr erfindlichen Ausmass sein müssen, wenn es überhaupt wirksam sein will. Auf Grund der neuen Entwicklung hat diejenige Strömung im neuen Kabinett wieder sehr starken Boden gewonnen, die auf eine vollständige Beschlagnahme aller Devisen- und Valutawerte als auch aller ausländischen Effektenpapiere abzielen und zu diesem Zweck eine allgemeine Bestandaufnahme durchsetzen will. Eine Entschliessung hat das Kabinett noch nicht gefasst. Aber es muss darauf vorbereitet werden, dass tiefeingreifende Massnahmen nach Lage der Dinge gar nicht mehr vermeiden lassen[sic!] und dass nur solche Massnahmen geeignet sein können, eine neue gefährliche wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten, die uns gerade jetzt, da bestimmte aussenpolitische Entscheidungen reifen, uns verhängnisvoll treffen würden. Über einen Plan der ernsthaft gegenwärtig im Reichskabinett spielt und der sich mit der Enteignung allen Goldes, Silbers, aller Edelsteine und dergleichen zugunsten des Reiches befasst, hoffe ich schon in den nächsten Tagen Ihnen weitere vertrauliche Mitteilungen machen zu können.

2 Der Passive Widerstand gegen die französische und belgische Besetzung des Ruhrgebiets wurde am 26. September 1923 schliesslich abgebrochen.